



# HESSISCHER LANDTAG

27. 04. 2016

SIA/WVA

## **Dringlicher Berichts Antrag**

**der Abg. Decker, Barth, Alex, Di Benedetto, Eckert, Faeser,  
Frankenberger, Gnadl, Gremmels, Grüger, Hofmeyer, Merz,  
Roth, Dr. Sommer, Weiß (SPD) und Fraktion**

**betreffend mögliche arbeitsrechtliche Verstöße in der Erstaufnahmeeinrichtung  
in Calden**

Die "Hessisch Niedersächsische Allgemeine" (HNA) berichtet in ihrer Ausgabe vom 27. April 2016 über teils massive Vorwürfe von Arbeitnehmern eines privaten Sicherheitsunternehmens sowie vonseiten der Gewerkschaft Verdi wegen zahlreicher arbeitsrechtlicher Verstöße der Arbeitgeberseite in der Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in Calden. Es werden dem Unternehmen unter anderem Verstöße gegen die Aufzeichnungspflicht nach dem Mindestlohngesetz, Verstöße gegen das Arbeitszeitgesetz sowie gegen Arbeitssicherheitsbestimmungen und die Nichteinhaltung gültiger Tarifverträge vorgeworfen. Darüber hinaus steht der Vorwurf des Vorenthaltens von Lohn im Raum. Laut der Gewerkschaft Verdi sollen deswegen inzwischen bereits mehrere Arbeitsgerichtsverfahren anhängig sein. Bei der Beauftragung des betreffenden Sicherheitsunternehmens handelt es sich um eine öffentliche Vergabe des Landes.

Die Landesregierung wird ersucht, im Sozial- und Integrationspolitischen Ausschuss (SIA) sowie im Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung (WVA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Sind der Landesregierung die seitens der Arbeitnehmer sowie der Gewerkschaft Verdi erhobenen Vorwürfe wegen arbeitsrechtlicher Verstöße, so wie sie in der HNA berichtet wurden, bekannt?
2. Falls ja, seit wann und auf welche Weise und durch wen hat die Landesregierung davon Kenntnis erhalten?
3. Gegen welche konkreten arbeitsrechtlichen Bestimmungen liegen nach Kenntnis der Landesregierung hier im Einzelnen Verstöße vor bzw. werden sie vermutet?
4. Soweit die Landesregierung bereits Kenntnis über die Vorgänge hatte, was hat sie bisher diesbezüglich unternommen?
5. Falls sie bisher keine Kenntnis hat, was gedenkt sie in dieser Angelegenheit jetzt zu unternehmen?
6. Sieht die Landesregierung durch derartige Missstände die Sicherheit in der Erstaufnahmeeinrichtung in Calden gefährdet?  
Wenn ja, welche Sofortmaßnahmen will sie einleiten?  
Wenn nein, warum nicht?
7. Hat das Land Hessen mit dem Angebot der Firma Pond Security die erforderlichen Tarifreue- und sonstigen Verpflichtungserklärungen sowie Mindestlohnenerklärungen nach § 4 Abs. 1 bis 5 (Tarifreueerklärung) und § 6 (Mindestentgelterklärung) Hessisches Vergabe und Tarifreuegesetz (HVTG) erhalten und wurden diese vor Auftragserteilung geprüft?
8. Liegen dem Land Hessen die Tarifreue- und sonstigen Verpflichtungserklärungen sowie Mindestlohnenerklärungen nach § 4 Abs. 1 bis 5 (Tarifreueerklärung), § 6 (Mindestentgelterklärung) sowie § 8 (Nachunternehmen, Verleihunternehmen) HVTG des von Pond Security beauftragten Subunternehmers Spectra vor und wurden diese vor Auftragserteilung geprüft?

9. Wie hat das Land Hessen sichergestellt, dass das beauftragte Unternehmen Pond Security mit dem beauftragten Nachunternehmen Spectra eine sorgfältige Auswahl gemäß § 8 Abs. 1 vorgenommen hat?
10. Hat das Land Hessen Kenntnis, ob gegen das Unternehmen Spectra nach § 18 (Vertragsstrafen, Sperren) HVTG in der Vergangenheit bereits Vertragsstrafen oder Sperren verhängt wurden?
11. Wurden seitens des beauftragten Unternehmens Pond Security sowie der von Pond Security beauftragten Nachunternehmen die Sozialkassenbeiträge für die im Rahmen der Dienstleistungen in Hessischen Erstaufnahmeeinrichtungen eingesetzten Mitarbeiter entrichtet?
12. Liegen der Landesregierung Erkenntnisse vor, dass es in anderen hessischen Erstaufnahmeeinrichtungen vergleichbare Vorkommnisse gibt?  
Wenn ja, in welchen und in welcher Hinsicht?

Wiesbaden, 27. April 2016

Der Fraktionsvorsitzende:  
**Schäfer-Gümbel**

**Decker  
Barth  
Alex  
Di Benedetto  
Eckert  
Faeser  
Frankenberger  
Gnadl  
Gremmels  
Grüger  
Hofmeyer  
Merz  
Roth  
Dr. Sommer  
Weiß**